

# Die Regierung muß Demokratie lernen

## Der indonesische Muslimführer Abdurrahman Wahid auf Einladung der Südostasien-Informationsstelle in Köln

Einen Europa-Besuch von Abdurrahman Wahid, dem Vorsitzenden der islamischen Organisation Nahdlatul Ulama und Mitbegründer des "Demokratischen Forums", nahm die Südostasien Informationsstelle zum Anlaß, den für seine liberale Haltung bekannten Muslim-Führer nach Deutschland einzuladen. Zu einem von Vereinsmitgliedern kurzfristig in Köln anberaumten Treffen, kamen am 8. Juni rund 70 Indonesier und Deutsche aus der ganzen Bundesrepublik und aus Holland zusammen. Indonesische Wissenschaftler aus Bielefeld waren ebenso dabei wie Vertreter von IMBAS aus Frankfurt, von Amnesty International, von Asia Watch aus Berlin, der Indonesien Redaktion der Deutschen Welle aus Köln und an islamischen Themen interessierte Geistliche aus dem Ruhrgebiet.

Abdurrahman Wahid zeigte sich beeindruckt vom starken Interesse an der Veranstaltung (aus Platzgründen mußten sogar Absagen erteilt werden!) und von einer unerwartet großen und engagierten Indonesien-Szene, die er gerade in Deutschland so nicht erwartet hatte. "Mit europäischen Maßstäben gerechnet, sind heute wirklich viele Leute hierhergekommen, und ich sehe auch, daß es Leute sind, die die Entwicklungen in Indonesien sehr intensiv verfolgen." Die Zuhörer wiederum waren angetan von Abdurrahman Wahids hoher Intellektualität, seiner Rhetorik, seiner Offenheit und - nicht zuletzt - seinem feinsinnigen Humor. Auf die Frage, warum er gerade am Vorabend der indonesischen Parlamentswahlen in Europa weile, entgegnete er lachend: "Ich weiß schon. Ihr spielt auf GOLPUT (die aktive Bewegung der Nichtwähler, d.Verf.) an. Nein. Nein. Ich bin ganz neutral. Es ist reiner Zufall, daß ich zu diesem Zeitpunkt in Europa bin. Schließlich wurde ich ja nach Paris zu einem Seminar eingeladen. Und jetzt bin ich bei Euch. Ihr habt mich ja auch eingeladen. Und außerdem hatte ich vor meiner Abreise noch gar keine Wahlbenachrichtigung bekommen!"

Abdurrahman Wahid war aufgefordert worden, einen Vortrag zu Demokratiebewegungen in Indonesien zu halten. Die folgenden Abschnitte enthalten zusammengefaßt Teile seiner Rede und seiner Diskussionsbeiträge.

### Demokratisierung neu beginnen

Wer jetzt wirklich Demokratie lernen muß, ist unsere Regierung. Denn im Prinzip haben wir in unserer Gesellschaft durchaus eine demokratische Tradition.



Abdurrahman Wahid am 8. Juni in Köln

Fotoarchiv SOA-Informationsstelle

So gab es bei den Bürgermeisterwahlen immer ein leeres Kästchen, das diejenigen ankreuzen konnten, die keinen Kandidaten mochten. Heute müssen wir für etwas kämpfen, was schon einmal da war. Wir müssen Opfer bringen, um die Freiheit zu verteidigen, die uns eigentlich schon gehört, und um als Volk gemeinsam die Regierung zu kontrollieren.

Über 15 Jahre lang hat unter der Regierung der "Neuen Ordnung" kaum jemand im Kampf für mehr Demokratie seine Stimme erhoben. Erst seit Anfang 1990 hat man darüber wieder öffentlich zu reden begonnen. Aktivisten und Intellektuelle haben trotz zahlreicher Hindernisse, wie der Beibehaltung der Zensur, ihre Chance gesucht, das Thema Demokratie öffentlich auf die Tagesordnung zu bringen. Zusätzlich erforderten die Weltmarktverflechtungen größere Offenheit und eine verlässliche Rechtsprechung.

Schließlich begünstigten die zunehmenden Konflikte in den Zentren der Macht einen neuen Demokratisierungsprozeß.

### Überwindung der vertikalen Segregation

Natürlich müssen wir auf diesem Weg für mehr Offenheit mit vielen Schwierigkeiten kämpfen. So gibt es bei uns noch genügend Ansätze für eine vertikale Segregation: sprachliche und religiöse Konflikte z.B. oder Rassenprobleme. Vor zehn Jahren sind wir auf Aussprüche, wie z.B. "Nehmt Euch vor der Gefahr der Christianisierung in acht!" oder "die Entwicklung nach westlichem Vorbild ist unmoralisch" nicht gestoßen. In der letzten Zeit konnte man dies in vielen Moscheen hören.

Um dieser Probleme Herr zu werden, bedarf es noch eines langen Prozesses,

der von zwei Richtungen her angegangen werden muß. Der erste ist die Entwicklung der demokratischen Ethik in der Bevölkerung. Dazu gehört die Vermittlung von Prinzipien wie das Akzeptieren unterschiedlicher Meinungen, der Schutz der Schwächeren, das Verantwortungsgefühl der Regierenden gegenüber den Regierten und die Kontrolle der Herrschenden durch die Bevölkerung. Zweitens müssen diese demokratischen Werte im politischen Tagesgeschehen durchgesetzt werden. Dazu brauchen wir überall Verbündete – beim Militär und in der Bürokratie z.B. Was die Regierung betrifft, so dürfen wir sie auch nicht einfach als undemokratisch über einen Kamm scheren. Da gibt es durchaus Personen, die ein tendenziell demokratisches Verhalten zeigen. Auch dies muß als Chance zur demokratischen Entwicklung begriffen werden. Wenn z.B. einige Militärs über Suhartos Annäherungsversuche an islamische Gruppen ungehalten sind, muß in diesem Konflikt nach einem demokratischen Ausweg gesucht werden. Ein Fortschritt ist es auch, wenn sich die PDI in der laufenden Wahlkampagne offen für die Belange der kleinen Leute einsetzen kann.

Diese Beispiele bedeuten jedoch nicht, daß der Kampf für mehr Demokratie an das Verhalten der Regierung gekoppelt ist und gar zu ihrer Rechtfertigung dient, sondern im Gegenteil: Wir haben der Regierung unsere Vorstellung der Kommunikation untereinander bereits aufzwingen können.

Natürlich muß der Demokratisierungsprozeß auch auf horizontaler Ebene einsetzen, wo die Hauptaufgabe die Emanzipation der Armen ist. In der ICMI (Islamische Intellektuellenorganisation, d.Verf) gibt es Personen, die die Menschen nach ihrer Religionszugehörigkeit unterscheiden. Das betrachte ich auf der einen Seite als sektiererisch. Andererseits müssen wir natürlich innerhalb dieser Organisation diejenigen Leute unterstützen, die für die Beseitigung dieser horizontalen Unterschiede kämpfen.

## Demokratie und Religion

Alle Religionen haben die wesentlichen demokratischen Elemente zur Grundlage. Man lernt, seinen Nächsten zu lieben, sich gegenseitig zu achten, Gerechtigkeit und menschliche Solidarität walten zu lassen. Das ändert sich, wenn die Religion zu einer Institution wird. Dann werden häufig die eigenen Anliegen in den Vordergrund gestellt und die wahren Bedürfnisse der Menschheit mißachtet. Heute müssen wir die Religionsgemeinschaften dazu bringen, sich nicht nur mittels ihrer Institutionen darzustellen. Noch besser wäre es, wenn man die Institutionen dahinbringen würde, nur noch als Anwälte der Grundwerte zu fungieren. Wenn das möglich ist, können auch von der Religion Emanzipationsprozesse ausgehen. Und wenn die Religionen, die Religionsgemeinschaften, emanzipiert sind, werden sie ein Teil des Demokratisierungsprozesses.

## Workshop Asienhaus

### Stand und Perspektiven asienbezogener Solidaritätsarbeit

Castrop-Rauxel 27.- 28. November 1992

Das Projekt Asienhaus will vier zu asiatischen Ländern arbeitende Informationsbüros unter ein gemeinsames Dach bringen: das Philippinenbüro, die Südostasien Informationsstelle, das Südasiensbüro und das Korea Kommunikations- und Forschungszentrum. Durch engere Kooperation soll die Informations- und Solidaritätsarbeit gestärkt und Doppelungen vermieden werden. Das Asienhaus will gemeinsame Projekte wie z.B. Bildungswerk, Vertriebsstelle und Archiv ermöglichen. Erweitert um Gruppen aus Bereichen wie z.B. Kultur und Beratung soll das Asienhaus zu einem gewichtigen Zentrum werden.

Ziel des Workshops ist es, über den Stand des Projektes Asienhaus zu informieren und die Perspektiven asienbezogener Solidaritätsarbeit zu diskutieren. In Arbeitsgruppen sollen die weiteren Schritte zur Umsetzung des Projektes geplant werden. Der Workshop wendet sich an die Mitglieder der Trägervereine der vier Informationsstellen und wird gemeinsam von der Asienhaus Koordination und dem AKE Vlotho veranstaltet. Beginn ist am 27.11. um 18 Uhr 30, Ende am 28.11. um 19 Uhr. Der Unkostenbeitrag beträgt voraussichtlich für Verdienende 50 DM, für Nicht-Verdienende 30 DM.

Informationen und Anmeldung (bis 13.11.):

**Sven Hansen**

**Asienhaus Koordination c/o Philippinenbüro**

**Sachsenring 2-4, 5000 Köln 1**

**Tel. 0221/324 506**

## Demokratie und Wirtschaftswachstum

Politische Demokratie kann ohne wirtschaftliche Demokratie nicht erreicht werden. In Indonesien gibt es noch keine wirtschaftliche Demokratie, weil der Verarmungsprozeß weitergeht, die Unternehmen haben das Wohlergehen der Bevölkerung nicht im Sinn. Den kleinen Leuten wird immer mehr weggenommen, und sie werden immer abhängiger von Kapital und Großunternehmen. Deshalb müssen durch die NGOs und andere Institutionen, die sich darauf einlassen, Programme zur ökonomischen Stärkung der kleinen Leute durchgeführt werden. Irgendwann wird es uns gelingen, mittels politischer Macht wirtschaftliche Zugeständnisse zu erreichen.

## Demokratie und Gewalt

Ob die Ereignisse von Bangkok Einfluß auf Indonesien haben werden, kann man so kurzfristig nicht beurteilen. Solche Auswirkungen können nur über einen längeren Zeitraum hin spürbar werden. Nachdenken wird man allerdings darüber – in der Regierung und bei der Bevölkerung. Wir können den Einfluß der Protestaktionen in Bangkok auf Indonesien nicht messen. Zu unterschiedlich sind die geschichtlichen Hintergründe beider Länder. Aber es wird die Zeit kommen, in der auch Indonesien die Fähigkeit entwickeln wird, Veränderungen durch den Widerstand des Volkes zu schaffen.

Es ist natürlich nicht so, daß Gewalt in Indonesien bislang nicht existiert. Gerade die Regierung wendet Gewalt an. Dazu gehören z.B. Folter in Gefängnissen oder die mysteriösen Morde durch Todeschwadronen aus dem Jahre 1983, als

Menschen auf offener Straße erschossen wurden. Von der Regierung geht also Gewalt aus, und die Bevölkerung antwortet mit der Gewalt, die sie sporadisch zum Ausdruck bringt. Das bedeutet nicht, daß unsere Position der Gewaltfreiheit nicht akzeptiert wird und bedeutungslos ist. Wir müssen das Volk dazu erziehen, nicht gewalttätig zu werden, sondern seine Meinung und seine Macht mit friedlichen Mitteln zum Ausdruck zu bringen. Es gibt keine Erfolgsgarantie dafür. Es ist gut möglich – und davor müssen wir auch Angst haben –, daß lateinamerikanische Verhältnisse bei uns auftreten werden und die Gewalt uns alle vereinnahmt. Genau das ist ja auch 1965/66 passiert, als zwischen 500 000 und einer Millionen Menschen massakriert wurden. So denke ich, daß die Regierung in ihrem eigenen Interesse erkennen muß, daß die Anwendung von Gewalt nur eine Katastrophe für das ganze Land bedeuten würde. Denn die Menschen erheben nicht ihre Fäuste, um einfach gewalttätig zu sein. Sie tun es nur, wenn sie selbst mit Gewalt in Schach gehalten werden.

## Ein Beitrag zur Demokratie

Dieser Nachmittag heute war eine wertvolle Erfahrung für mich. Ihre Fragen haben uns alle wirklich weiter- und auch nähergebracht. Auch mit denen, die im Demokratisierungsprozeß einen anderen Weg gehen. Aber so ein Dialog ist ein Prozeß der gegenseitigen Bereicherung. Und aus so einer Bereicherung entwächst auch größere Solidarität. Ich hoffe, daß dies uns hilft, irgendwann einmal gemeinsam einen größeren Beitrag für die demokratische Entwicklung zu leisten.

**Agus Setiwan**